



WELCOME2BW
Newsletter für Engagierte 8/19

Liebe Engagierte in der Flüchtlingsarbeit,

Sie erhalten heute den neuen Newsletter des Projektes „**Welcome2BW**“ mit Informationen, die für Sie als Engagierte in der Flüchtlingsarbeit in Baden-Württemberg nützlich sind sowie Hinweise auf relevante Materialien, Veröffentlichungen und Veranstaltungen.

Gerne dürfen Sie diesen Newsletter an Kolleg*innen und andere Interessierte weiterleiten.

Wenn Sie den Newsletter abbestellen wollen, schicken Sie uns bitte eine E-Mail an info@fluechtlingsrat-bw.de.

Wir wünschen Ihnen viel Freude beim Lesen!

Inhalt:

<u>1. Flüchtlingsarbeit in Baden-Württemberg</u>	S. 2
<u>2. Flüchtlingspolitik und Herkunftsländer</u>	S. 3
<u>3. Rechtsprechung</u>	S. 4
<u>4. Materialien und Veröffentlichungen</u>	S. 5
<u>5. Veranstaltungshinweise</u>	S. 6
<u>6. In eigener Sache</u>	S. 9
<u>7. Impressum</u>	S. 9

1. Flüchtlingsarbeit in Baden-Württemberg

Deutsche Flüchtlingshelfer wenden sich an Gambischen Präsidenten

Flüchtlingsrat und Gambia-Helfernetz äußern sich zu Abschiebungen nach Gambia

Die Sammel- und Einzelabschiebungen der letzten Monate aus Deutschland nach Gambia wurden sowohl in Gambia als auch in Deutschland mit großer Bestürzung wahrgenommen. Festnahmen aus den deutschen Betrieben heraus, die Fesselung der Abzuschiebenden mit Handschellen und die Verwahrung in Abschiebegefängnissen hat in beiden Ländern zu Kritik an der Abschiebep Praxis geführt. Der Flüchtlingsrat Baden-Württemberg und die Informationsplattform „Gambia-Helfernetz“ haben sich nun mit einer Denkschrift an den Präsidenten der „Republic of The Gambia“, seine Exzellenz Mr. Adama Barrow gewandt.

[Weiterlesen ...](#)

Härtefallkommission BW: Jahresbericht 2018

Das Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration hat den Tätigkeitsbericht der Härtefallkommission für 2018 veröffentlicht. Dieser zeigt, dass die Hürden für eine Aufenthaltserlaubnis infolge eines Härtefallersuchens weiterhin sehr hoch sind. Von den insgesamt 355 Entscheidungen wurden 144 eingehend beraten, in 62 Fällen entschied sich die Kommission für ein Härtefallersuchen an den Innenminister. Dieser erließ in 35 Fällen Aufenthaltserlaubnisse nach § 23a AufenthG. Die Quote der Übereinstimmung der Kommissionsersuchen mit den Entscheidungen des Innenministeriums sank folglich weiter auf einen Wert von 56 Prozent (2017: 62 Prozent).

Der Flüchtlingsrat BW stellt fest, dass sich die Tendenz der letzten Jahre weiter fortgesetzt hat, durch die diskrete Einführung neuer Kriterien seitens des Innenministeriums (bspw. bezüglich Mindestvoraufenthaltszeiten) zusätzliche Hürden aufzubauen. Wurde diese Praxis im Bericht von 2017 noch kritisch bewertet, so stellt der Bericht von 2018 nur nüchtern fest, dass unterschiedliche Bewertungen von Härtefallkommission und Innenministerium möglich seien. Es drängt sich folglich die Frage auf, wozu es eine Härtefallkommission braucht, wenn deren Empfehlungen nur in knapp 50 Prozent der Fälle gefolgt wird.

- Härtefallkommission BW, Juli 2019: [Tätigkeitsbericht 2018](#)

Spendenaufwurf: Abschiebungsbeobachtung in Westafrika

Refugees4Refugees bittet um Unterstützung

Der Verein „Refugees for Refugees“ plant eine Recherchereise nach Westafrika, um die Situation von Abgeschobenen zu dokumentieren. In den kommenden Wochen soll die Reise starten, um bei der Ankunft eines bevorstehenden Abschiebungsflugs vor Ort zu sein. Zur Realisierung dieses Vorhabens wird um Spenden gebeten.

[Weiterlesen ...](#)

Refugio Stuttgart sucht ehrenamtliche Begleiter*innen und Sprachmittler*innen

Refugio stuttgart e.V. ist wieder auf der Suche nach Sprachmittler*innen und Ehrenamtlichen. Zur Vorbereitung auf die Tätigkeit werden im Herbst Schulungen durchgeführt.

- [Ausschreibung Ehrenamtliche Begleiter*innen](#)
- [Ausschreibung Sprachmittler*innen](#)

Neues Netzwerk zum Thema "Diskriminierung Eheschließungen von binationalen Paaren" entstanden

Dokumentation des ersten Treffens am 20. Juli

Zum Themenkomplex "Diskriminierung Eheschließungen von binationalen Paaren" trafen sich am 20. Juli zwölf Teilnehmer*innen aus ganz Deutschland in Stuttgart. Da die Idee des Netzwerks erst im Januar 2019 entwickelt wurde, eröffnete eine Vorstellungsrunde das Treffen. Hierbei wurden vor allem die verschiedenen, sehr individuellen, jedoch gleich geprägten Fälle von strukturellem Rassismus deutlich. Anschließend kam es zum intensiven Erfahrungs- und Informationsaustausch über unterschiedliche Themen. Zu diesen gehörten unter anderem die Dokumentenbeschaffung, die Dokumentenüberprüfung, der Umgang mit den Standesämtern und Botschaften, die rechtliche Situation oder wichtige Hinweise, um das Eheschließungsverfahren zu bestehen. Künftig wird es nun weitere Treffen geben, die nach der Festigungsphase im Netzwerk selbst auch für andere Betroffene zugänglich gemacht werden. Ein E-Mail-Verteiler existiert bereits, in dem wichtige Erfahrungen und Informationen gestreut werden. Anliegen ist es zudem ein ausführliches Merkblatt zu erstellen sowie durch kleinere Aktionen die Thematik der "Diskriminierung von Eheschließenden" in die öffentliche Wahrnehmung zu tragen.

2. Flüchtlingspolitik und Herkunftsländer

Mehr Ausweisungen von straffälligen Personen

Besonders Baden-Württemberg macht davon Gebrauch

Mit den Änderungen des Asylgesetzes 2016 wurden die Voraussetzungen gesenkt, straffällig gewordene Ausländer auszuweisen. Dadurch können bereits Bewährungsstrafen zu einer Ausweisung führen. In den vergangenen drei Jahren stieg die Anzahl der Ausweisungen von straffälligen Personen, wie aus einer Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage der Linksfraktion hervorgeht. Derzeit befinden sich 29.288 ausgewiesene Ausländer in Deutschland, jeweils ungefähr ein Drittel mit befristeten Aufenthaltstitel, in Duldung oder ohne Aufenthaltsrecht, z.B. während des Asylverfahrens.

Mit steigenden Ausweisungen wird auch zukünftig zu rechnen sein, da mit dem Geordneten-Rückkehr-Gesetz, das zum 21.08.2019 in Kraft getreten ist, Ausweisungsmöglichkeiten ausgeweitet wurden.

- Migazin, 26.08.2019: [Statistik. Zahl der ausgewiesenen Ausländer steigt](#)
- Pro Asyl, 29.05.2019: [Stellungnahme zum Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur besseren Durchsetzung der Ausreisepflicht](#)

Das umstrittene "Geordnete Rückkehr Gesetz" tritt in Kraft!

Weitreichende restriktive Veränderungen gelten ab Mittwoch, den 21.08.2019

Als Teil des "Migrationspakets", das im Juni verabschiedet wurde, tritt mit Mittwoch, dem 21.08.2019 das sogenannte "Geordnete Rückkehr Gesetz" (Zweites Gesetz zur besseren Durchsetzung der Ausreisepflicht) in Kraft. Das Gesetz beinhaltet maßgebliche Verschärfungen im Asyl- und Aufenthaltsrecht.

[Weiterlesen ...](#)

Seit 01.08.2019: Neuregelungen zu Sprach- und Ausbildungsförderung für Gestattete und Geduldete

Mit dem Migrationspaket, das am 28.6.2019 vom Bundesrat gebilligt wurde, wurde der Zugang zu Sprach- und Ausbildungsförderung v.a. im Ausländerbeschäftigungsfördergesetz neu geregelt. Dieses Gesetz ist zum 01.08.2019 in Kraft getreten und ermöglicht den Zugang für teilweise bisher ausgeschlossene Personengruppen. Dennoch bleiben Probleme aus der Vergangenheit bestehen. Eine Übersicht über die wichtigsten Änderungen finden Sie unter Weiterlesen.

- Pro Asyl, 02.08.2019: [Ene, mene, muh und raus bist du! Mehr Asylsuchende von Integrationschancen](#)

[ausgeschlossen](#)

- GGUA Flüchtlingshilfe e. V, 21.06.2019: [Verlagerung](#)

[Weiterlesen ...](#)

Fünf Jahre nach dem Genozid an den Jesid*innen im Irak

Analyse von Pro Asyl zur aktuellen Situation

Am 3. August 2014 fiel der IS im Sinjar ein. Auch heute noch gibt es für die jesidische Gemeinschaft im Irak eine Vielzahl von Gefahren - doch die Chancen, in Deutschland Schutz zu erhalten, schwinden. Wer jedoch meint, jesidische Asylsuchende seien hierzulande nicht mehr schutzbedürftig, der muss auch sagen, wo und wie sie leben und elementare Menschenrechte wahrnehmen können. Deshalb widmet sich Pro Asyl anlässlich des Jahrestages der Situation dieser Minderheit.

- [Pro Asyl \(3.8.2019\): Fünf Jahre nach dem Genozid an den Jesid*innen im Irak](#)

Westbalkan-Regelung: Wie eine Bevölkerungsgruppe ausgeschlossen wird

Experte: Roma profitieren kaum von Arbeitsvisums-Regelung

In einem Beitrag im Fluchtforschungsblog erklärt der Westbalkan-Experte Stephan Müller, wie die Roma aus den Westbalkanländern 2015 benutzt wurden, um eine Verschärfung des Asylrechts durchzusetzen. Von den Maßnahmen, die in diesem Zusammenhang die Kritik besänftigen sollten - zum Beispiel das erleichterte Arbeitsvisum für Menschen aus den Westbalkanstaaten - profitieren sie jedoch kaum, so seine These.

- [Beitrag von Stephan Müller im Fluchtforschungs-Blog](#)

Ein Plan für Gambia

Diskussionsbeitrag von Gerald Knaus (ESI)

Gerald Knaus von der Europäischen Stabilitätsinitiative fordert in der Debatte um Abschiebungen nach Gambia eine neue Sichtweise, die Realitäten auf beiden Seiten anerkennt. Gambia sei bei der Rücknahme seiner Staatsangehörigen kooperativer als jedes andere afrikanisches Land. Forderungen, noch mehr Abschiebungen durchzuführen, beurteilt er als unrealistisch und als Gefährdung der jungen Demokratie in Gambia. In seinem Beitrag versucht er, die gambische und die deutsche Perspektive zu erklären und widmet sich der Frage, wie eine konstruktive Lösung aussehen könnte, die beiden Seiten Vorteile bringt.

- [Gerd Knaus \(29.7.2019\) "Gambia Plan - win-win with Africa" \(auf Englisch\)](#)

3. Rechtsprechung

VG München: Rückschiebung aufgrund von "Seehofer-Deal" rechtswidrig

Das Verwaltungsgericht München hat in einem Eilverfahren angeordnet: Ein Afghane, der nach dem deutsch-griechischen Verwaltungsabkommen — dem sogenannten "Seehofer-Deal" — von der deutsch-österreichischen Grenze direkt nach Griechenland abgeschoben wurde, ist umgehend zurückzuholen.

- PRO ASYL, 14.08.2019: [Ein Jahr Seehofer-Deal, ein Jahr europa- und menschenrechtswidrige Maßnahmen](#)
- Legal Tribune Online, 14.08.2019: [Deutschland muss Flüchtling aus Griechenland zurückholen](#)

[Weiterlesen ...](#)

EuGH: Keine systemischen Mängel in Italien angenommen

Auswertung der Jawo-Entscheidung des EuGH und des darauf basierenden Urteils des VGH BW

Der VGH BW hatte in der Sache Jawo gegen die Bundesrepublik Deutschland am 3. April 2017 den EuGH angerufen, Normen aus der Dublin-Verordnung sowie aus der Grundrechtecharta auszulegen. In der Klage wurde geltend gemacht, dass bei Rücküberstellung nach Italien ein Verstoß gegen die Rechte des Klägers aus Art. 3 EMRK bzw. Art. 4 der Charta der Grundrechte der Europäischen Union (GRCh) vorliegen würde, da systemische Mängel im Asylsystem Italiens bestehen würden, die eine Menschen unwürdige Behandlung für Dublin-Rückkehrer*innen zur Folge hätten. Auch wurde geltend gemacht, die Rücküberstellungsfrist gem. Art. 29 Abs. 2 Dublin III-VO wäre abgelaufen und Deutschland demnach für die Prüfung seines Asylantrags zuständig. Die Frist hätte sich nicht gem. Art. 29 Abs. 2 Dublin III-VO auf 18 Monate verlängert, da er nicht flüchtig gewesen sei. Der EuGH sollte zum einen eine Antwort darauf geben, wann eine Person nach dem Dublinverfahren als flüchtig gilt. Diese Frage wurde vom EuGH nicht beantwortet, der VGH BW musste seine Frage konkretisieren und geht in seinem Urteil davon aus, dass eine Person flüchtig ist, wenn man objektiv den Aufenthaltsort der Person nicht kennt und diese sich subjektiv vor einer drohenden Abschiebung durch eine „Fluchthandlung“ entziehen möchte. Zum anderen sollte der EuGH die Frage klären, ob systemische Mängel im italienischen Asylsystem bestünden, dies wurde verneint. Der EuGH stellt außerdem fest, dass auch Personen, die einen Schutzstatus in einem anderen Staat erhalten haben, einer Rückführung in diesen eine Verletzung der Menschenwürde gemäß Art. 4 GRCh entgegenhalten können. Im Folgenden werden die Antworten des EuGH, sowie die Entscheidungsgründe des VGH BW in der Sache Jawo näher dargestellt.

[Weiterlesen ...](#)

VG Stuttgart: Keine Abschiebung einer Frau die mit dem Kind eines Deutschen schwanger ist

Das Verwaltungsgericht Stuttgart hat im Falle einer drohenden Dublin-Überstellung einer schwangeren Frau nach Italien die aufschiebende Wirkung der Klage angeordnet (Beschluss vom 19.8.2019, Az. A 16 K 5102/19). Ausschlaggebend war, dass der Kindsvater, der die Vaterschaft anerkannt hatte, deutsche Staatsangehöriger ist. So liegt nach Auffassung des Gerichts ein inlandsbezogenes Abschiebungshindernis vor.

VGH Mannheim: Kein Abschiebungsverbot wegen Lebensmittelknappheit in Somalia

Der baden-württembergische Verwaltungsgerichtshof (VGH) sieht keinen Grund, Abschiebungen nach Somalia generell zu verbieten. In einem in Mannheim veröffentlichten Urteil kassierte das Gericht damit eine Entscheidung des Stuttgarter Verwaltungsgerichts (VG), das dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge die Abschiebung eines Somaliers wegen konkreter Gefahr für Leib und Leben verboten hatte. Die Mannheimer Richter sehen dagegen keine unmenschliche oder erniedrigende Behandlung des Somaliers bei einer Rückführung nach Mogadischu.

- ["Deutsche Welle \(20.8.19\): Gericht erlaubt Abschiebung nach Somalia"](#)

4. Materialien und Veröffentlichungen

Neuaufgabe Broschüre "Wissen ist Schutz"

Der DGB hat seine Broschüre „Wissen ist Schutz“ aktualisiert und neu aufgelegt. Sie gibt wichtige Hinweise über grundlegende Rechte auf dem Arbeitsmarkt. Die Informationen sollen dazu dienen, dass Menschen, die neu auf dem Arbeitsmarkt sind, eine legale Arbeit unter fairen Bedingungen finden und nicht in ausbeuterische Situationen geraten.

- DGB, Juni 2019: [Broschüre "Wissen ist Schutz"](#)

Hinweise und Materialien zum Datenschutz in der Arbeit mit geflüchteten Menschen

Nützliche Leitfäden verfügbar

Haupt- und ehrenamtliche Unterstützer*innen geflüchteter Menschen kommen mit sensiblen personenbezogenen Daten in Berührung. Der verantwortungsbewusste Umgang mit diesen Daten ist aufgrund der vulnerablen Situation der Geflüchteten und im Sinne einer Zusammenarbeit auf Augenhöhe sehr wichtig. Außerdem bedarf es laut der Datenschutz-Grundverordnung die Einwilligung der Betroffenen für die Weitergabe von personenbezogenen Daten, denn alle Menschen haben ein Recht auf informationelle Selbstbestimmung. Hierzu sind einige nützliche Leitfäden verfügbar, auf die wir gerne hinweisen.

[Weiterlesen ...](#)

Handreichung des Flüchtlingsrats Niedersachsen zu Einreise- und Aufenthaltsverboten

Der Flüchtlingsrat Niedersachsen hat eine neue Handreichung zum Thema Einreise- und Aufenthaltsverbote im Zusammenhang mit (erfolglosen) Asylverfahren veröffentlicht. Sowohl Personen, die abgeschoben wurden als auch Menschen, die freiwillig ausgewandert sind, sind oftmals von Einreise- und Aufenthaltsverboten betroffen. Die Handreichung informiert über die rechtlichen Bestimmungen und befasst sich mit praxisrelevanten Fragen rund um das Thema.

- [Handreichung Einreise- und Aufenthaltsverbote](#)

Landesspezifische Informationen bei Rücküberstellung in EU-Länder

Das Rafaelswerk hat Handreichungen veröffentlicht, die Informationen bereitstellen, wenn Rücküberstellungen in ein andere EU-Länder drohen. Die Informationsblätter richten sich an Haupt- und Ehrenamtliche in der Flüchtlingsarbeit sowie an Betroffene selbst. Sie zeigen bestehende Angebote, Verfahrenswege und Kontaktstellen in den Zielstaaten der Rücküberstellungen / Abschiebungen auf.

- [Informationsblätter Rücküberstellungen in EU-Länder](#)

5. Veranstaltungshinweise

Tagung: Wie geht Integration? Was ist gelungen? – Was bleibt zu tun?

21. und 22. September 2019 in der Evangelischen Akademie Bad Boll, Akademieweg 11, 73087 Bad Boll

Allen Unkenrufen zum Trotz: Integration kann gelingen und seit 2015 ist auch einiges gelungen. Geflüchtete sind in Ausbildung und Arbeit, engagieren sich in der Zivilgesellschaft, sind angekommen. Es ist aber auch klar geworden, dass Integration einen langen Atem braucht und nicht nur für den Staat und die Geflüchteten, sondern für die ganze Gesellschaft eine Herausforderung ist. Was kann verbessert werden? Wie wird unsere Gesellschaft zu einer wirklich offenen Gesellschaft, die echte Teilhabe ermöglicht? Expert*innen aus Wirtschaft, Wissenschaft und Politik bieten Expertise und stellen sich der Diskussion.

- [Weitere Informationen](#)

Konzert "RAP!FUGEEES" 14. September Schwäbisch Hall

Am Samstag, den 14. September sind die Rap!fugees mit lokalem Support ab 21:00 Uhr im Club Alpha 60 in Schwäbisch Hall zu sehen! Die Rap!fugees sind ein Hamburger Hip-Hop Kollektiv das im Sommer 2017 aus der künstlerischen Zusammenarbeit verschiedener Künstler mit und ohne Fluchtgeschichte entstand. Ihre

Texte auf Deutsch, Englisch, Dari, Farsi Portugiesisch, Arabisch & Somali handeln von Flucht & Heimat, Lieben, Leben & Leben lassen, Familie und Gemeinschaft. Der Wu-Tang Clan der Globalisierung: In rap we find refuge!

Wir freuen uns auf eine gemeinsame Veranstaltung und werden mit einem Infostand vertreten sein!

Weitere Infos sowie den Flyer gibt es [hier](#)!

Save the date: Vernetzungstreffen für Ehrenamtliche in Nordwürttemberg

Am Samstag, 19. Oktober, 9.45-15 Uhr in der LEA Ellwangen - Georg-Elser-Straße 2 - 73479 Ellwangen - Halle 79 / DAA-Schulungsraum

Der Flüchtlingsrat lädt gemeinsam mit den Freundeskreisen Asyl Ellwangen und Abtsgmünd alle interessierten ehrenamtlich Engagierten aus dem Bereich Nordwürttemberg (Regierungsbezirk Stuttgart) zu einem Vernetzungstreffen ein. Dieses findet am Samstag, 19. Oktober von 9.45 bis 15 Uhr im Schulungsraum der LEA Ellwangen statt. Weitere Informationen zum Ablauf und zum Programm folgen zeitnah.

Denkwerkstatt "Gemeinsam leben - aber wie?"

Samstag, 12. Oktober 2019, 10:00-15:30, Festsaal Theodor-Rothschild-Haus Mülbergerstraße 146 73728 Esslingen

Die Autorin Mehrnousch Zaeri-Esfahani kommt am 12. Oktober mit ihrer Denkwerkstatt (für Interessierte, Hauptamtliche, Ehrenamtliche, Bürger*innen, Demokratie-Überzeugte und allgemeine Skeptiker) nach Esslingen. Seit fünf Jahren erzählt sie sich durch den deutschsprachigen Raum. Völlig neu ist dabei ihre Methode. Sie trägt in einem humorvollen, erzählerischen Stil und in einfacher Sprache vor. Die Teilnehmer*innen erfahren viel über ihr eigenes mitteleuropäisches kulturelles Modell. So können sie die Besonderheiten, die Migrant*innen aus meist kollektivistisch geprägten Gesellschaften mitbringen, besser einordnen. Um eine Anmeldung bis zum 29.09. unter ehrenamt-es@jugendhilfe-aktiv.de wird gebeten.

- [Einladung Denkwerkstatt](#)

Save the date: Fachtag Nigeria

Samstag, 12. Oktober, 10-17:00 Uhr, Kulturhaus Mannheim-Käfertal, Gartenstraße 8, 68309 Mannheim

Nigeria lag in Hinblick auf die Hauptherkunftsstaaaten der Asylantragszahlen im Jahr 2018 auf Platz vier in Deutschland. In der Tschadsee-Region in Nigeria befinden sich über 2,7 Mio Menschen auf der Flucht. Die Bevölkerung leidet unter massiven Menschenrechtsverletzungen, sexualspezifischer Gewalt, Zwangsrekrutierungen und Selbstmordattentaten. Aufgrund der angespannten Sicherheitslage, der sozio-ökonomischen Instabilität aber auch klimatischer Bedingungen, wiederkehrender Epidemien sowie schlechter Infrastruktur und eingeschränktem Zugang zu essenziellen Sozialleistungen, wird die Umsetzung von Schutzmaßnahmen zugunsten der Betroffenen erheblich erschwert - Flucht ist die Folge. Der Fachtag möchte sich diesen Themen widmen und über die Situation in Nigeria sowie deren Auswirkungen informieren. Informationen zum Programm finden Sie in Kürze unter Weiterlesen.

Fachtagung: Mit Recht gegen Rassismus

Am Montag, 30. September, 10 bis 17 Uhr, im Hospitalhof, Büchsenstrasse 33, 70174 Stuttgart

Rassismus ist Alltag in Deutschland. Viele Menschen werden durch ihn auf der Straße, in der Schule, an der Universität, im Beruf, bei der Wohnungssuche oder in der Freizeit durch persönliche Abwertungen und Angriffe, aber auch durch institutionell und strukturell verankerte Ausschlüsse benachteiligt und ausgegrenzt. Menschen, die sich gegen diesen Rassismus zur Wehr setzen, stoßen immer wieder an Grenzen. Immer wieder werden die Erfahrungen nicht ernst genommen oder als Überempfindlichkeit abgetan. Ihre Stimme findet wenig Resonanz. Widerstand wird ihnen oft nicht zugestanden. Auch

Kolleg*innen in der Sozialen Arbeit, die Menschen mit Rassismuserfahrung unterstützen wollen, tun dies oft aus einer eher defensiven Haltung. Mit diesen Fragen und Problemen beschäftigt sich die Fachtagung, die von [adis e.V.](#) organisiert wird.

- [Ausführliches Programm](#)

Volleyball-Integrationsturnier

Am 28. September ab 10 Uhr auf den Beachvolleyballspielfeldern des OSP Stuttgart, Mercedesstraße 83, 70372 Stuttgart

Der Volleyball-Landesverband Württemberg veranstaltet am 28. September am Olympiastützpunkt Stuttgart ein Integrationsturnier. Teilnehmen können bis zu 24 gemischte Mannschaften von bis zu sechs Personen (vier Spieler*innen plus zwei Ersatzspieler*innen) aller Geschlechter und Nationalitäten.

- [Weitere Informationen im Flyer zum Turnier](#)

"Lampedusa Calling" kommt nach Stuttgart

Von 21. bis 28. September auf dem Pariser Platz in Stuttgart

Das kunstpädagogische Integrationsprojekt "Lampedusa Calling" gastiert mit seiner Wanderausstellung vom 21. bis 28. September auf dem Pariser Platz in Stuttgart. Über Tanz, Musik und eine lange Tafel wird zu Workshops und Diskussionen angeregt. Auch der Flüchtlingsrat Baden-Württemberg wird mit einem Workshop vertreten sein.

- [Programm](#)

"Ein Blick über den Tellerrand" - Fachtag der Diakonie Württemberg für Ehrenamt und Hauptamt

Donnerstag, 19. September 2019, 09:30-16:30, Diakonischen Werks Württemberg, Herbert-Keller-Haus, 70191 Stuttgart

In der Arbeit mit und im Engagement für geflüchtete Menschen geht es meist um die Suche nach Lösungen für akute Belange und Probleme, seien diese asyl- und aufenthaltsrechtlicher Natur oder Schwierigkeiten des alltäglichen Lebens. Geflüchtete Menschen darin zu unterstützen ist richtig und wichtig. Gleichzeitig sollten wir uns jedoch die Zeit nehmen Themen in den Blick zu nehmen, die darüber hinausgehen. Einen Blick über den Tellerrand wagen. Dies hilft uns politisch sprachfähig zu bleiben, neue Erfahrungen in unsere alltägliche Arbeit einzubeziehen und nach nachhaltigen Lösungen zu suchen. Der Fachtag will diesen Blick über den Tellerrand wagen, indem wir Impulse aus dem neuen schweizerischen Asylsystem aufgreifen, Flucht- und Konflikterfahrungen generationsübergreifend in Familien betrachten, Klimawandel als Fluchtursache problematisieren, Seenotrettung und die Kampagne „Sichere Häfen“ behandeln und die Resettlement-Strategie der Bundesrepublik kritisch betrachten. Der Fachtag richtet sich an Personen die ehrenamtlich sowie hauptamtlich in der Arbeit mit geflüchteten Menschen tätig sind.

- [Programm Fachtag Diakonie Württemberg](#)

Tanzen für Iuventa10: Soli Wave - Come on board!

Freitag, 13.09.2019 ab 20:30 Uhr, Villa Nachttanz e.V., Im Klingenhühl 6, 69123 Heidelberg

Die Seebrücke Mannheim und Villa Nachttanz e.V. laden am 13. September zur Vorstellung des Oscar nominierten Films Lifeboat und anschließender Diskussion mit Seenotretter*innen von Sea-Watch ein. Anschließend werden einige "solidarische DJ's" auflegen. Durch die Eintrittsgelder wird 'Solidarity at sea' unterstützt. Mehr Infos hier:

- Heidelberg, 13.09.2019: [Soli Wave](#)
- Pressemitteilung vom 25.04.2019 von Sea-Watch zum Film [Lifeboat](#)

Fortbildung zum Thema "Soziale Inklusion von besonders schutzbedürftigen jungen Geflüchteten durch non-formale Bildung"

Der Verein migration_miteinander, bietet eine Fortbildung zum Thema "Soziale Inklusion von besonders schutzbedürftigen jungen Geflüchteten durch non-formale Bildung" an.

Das Angebot richtet sich an Sozialarbeiter*innen, Mediator*innen, Geflüchtete und im Allgemeinen an Menschen, die aktiv mit der Zielgruppe arbeiten und ihre Kompetenzen erweitern wollen.

Konkret sollten die Teilnehmer*innen entweder mit jungen Geflüchtete mit besonderen Verletzlichkeiten (PTBS, unbegleitete Minderjährige, soziale Schwierigkeiten) arbeiten und/ oder mit sogenannten (potentiellen) "Dublinflüchtlingen", also Geflüchtete, die sich nicht (mehr) im eigentlich zuständigen Mitgliedstaat befinden oder noch im eigentlich zuständigen Mitgliedstaat, aber eine Weitemigration planen und damit unter die Dublinverordnung fallen.

Aufbau des Trainings:

Schulung I: 17.11.19- 22.11.19 in Solingen, Deutschland

Schulung II: 23.03.20- 27.03.20 in Sofia, Bulgarien

[Weiterlesen ...](#)

In eigener Sache

In eigener Sache: Neues Mitgliedschaftsformat für Organisationen

Neue Fördermitgliedschaft soll Angebot für Hauptamtliche sichern

Der Flüchtlingsrat Baden-Württemberg hat ein neues Mitgliedschaftsformat eingeführt. Organisationen, die Hauptamtliche im Bereich Flucht und Migration beschäftigen, können ab sofort mit einer "Organisations-Fördermitgliedschaft" die Arbeit des Flüchtlingsrats unterstützen. Hintergrund dieser neuen Mitgliedschaftsform ist, dass seit einigen Jahren zunehmend Hauptamtliche das Beratungsangebot des Flüchtlingsrats in Anspruch nehmen, der allergrößte Teil dieser Beratungsarbeit allerdings im Rahmen von geförderten Projekten geleistet wird, die sich nur an Ehrenamtliche richten.

[Weiterlesen ...](#)

6. Impressum

Projekt „Welcome2BW“

Der Newsletter wird im Rahmen des Projektes „Welcome2BW“ herausgegeben. Das Kooperationsprojekt „Welcome2BW“ will dazu beitragen, Asylsuchenden das Ankommen in Baden-Württemberg zu erleichtern und die Aufnahmebedingungen für geflüchtete Menschen konkret zu verbessern. Dazu haben sich der Flüchtlingsrat Baden-Württemberg, die Diakonischen Werke Breisgau-Hochschwarzwald, Lörrach, Freiburg und Ortenau sowie die Türkische Gemeinde Baden-Württemberg zu einem landesweiten Projektverbund zusammengeschlossen.

Unsere Angebote richten sich an Asylsuchende, an Flüchtlinge mit Bleiberecht sowie ehrenamtlich Engagierte in der Flüchtlingshilfe. Dieser Newsletter richtet sich schwerpunktmäßig an Hauptamtliche der Flüchtlingsarbeit.

Projektlaufzeit: Juli 2018 - Juni 2020

Dieses Projekt wird aus Mitteln des Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds und von der UNO-

Flüchtlingshilfe kofinanziert.

FLÜCHTLINGSRAT BADEN-WÜRTTEMBERG

Redaktionell verantwortlich: Seán McGinley, Stella Hofmann

Geschäftsstelle, Hauptstätter Str. 57 - 70178 Stuttgart

Tel.: 0711 - 55 32 83-4 -- Fax.: 0711 - 55 32 83-5

E-Mail: info@fluechtlingsrat-bw.de

Web: www.fluechtlingsrat-bw.de